

Bundesgesetzblatt¹⁰⁷⁷

Teil II

Z 1998 AX

1978	Ausgegeben zu Bonn am 22. August 1978	Nr. 38
------	---------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
18. 7. 78	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sri Lanka über Finanzielle Zusammenarbeit	1077
21. 7. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr gewerblicher Straßenfahrzeuge	1080
24. 7. 78	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Belgien über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße	1080
26. 7. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst	1084
26. 7. 78	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sri Lanka über Technische Zusammenarbeit	1084
31. 7. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen	1087
31. 7. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation	1088
1. 8. 78	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Verzicht auf die Erstattung von Leistungen an Arbeitslose	1088
3. 8. 78	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Malawi über Finanzielle Zusammenarbeit	1089
26. 7. 78	Zweite Berichtigung der Ersten Verordnung über die Inkraftsetzung von Änderungen der Anhänge I und II des Washingtoner Artenschutzübereinkommens	1091

188-12

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sri Lanka über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 18. Juli 1978

In Colombo ist am 19. Juni 1978 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sri Lanka über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 19. Juni 1978

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 18. Juli 1978

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Böll

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sri Lanka über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Sri Lanka —

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Sri Lanka,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Republik Sri Lanka beizutragen, —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Sri Lanka oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die Finanzierung der Devisenkosten aus dem Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage ein Darlehen bis zu 31 Millionen DM (in Worten: Einunddreißig Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste, die Bestandteil dieses Abkommens ist, handeln, für die die Lieferverträge bzw. Leistungsverträge nach dem 31. Dezember 1977 erteilt worden sind.

Artikel 2

(1) Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Republik Sri Lanka, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, und die Zentralbank der Republik Sri Lanka werden gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Sri Lanka stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Angaben frei, die bei Abschluß oder während der Durchführung der in Artikel 2 genannten Verträge in der Republik Sri Lanka erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Sri Lanka überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Sri Lanka innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Colombo am 19. Juni 1978 in zwei
Urschriften, jede in deutscher, singhalesischer und eng-
lischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist.
Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und sin-
ghalesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maß-
gebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Wöckel

Für die Regierung der Republik Sri Lanka
Dr. Tilakaratne

Anlage
zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Sri Lanka
vom 19. Juni 1978 über Finanzielle Zusammenarbeit

Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des oben genannten Abkommens bis zu 31 Millionen DM (in Worten: einunddreißig Millionen Deutsche Mark) aus dem Darlehen finanziert werden können:

1. Im Betrag bis zu 26 Millionen DM: Lokomotiven sowie Zubehör und Ersatzteile für Lokomotiven.
2. Im Betrag bis zu 5 Millionen DM:
 - a) Chemische Produkte für den industriellen und den landwirtschaftlichen Sektor einschließlich Düngemittel sowie Arzneimittel,
 - b) industrielle und landwirtschaftliche Ausrüstung, Zubehör und Ersatzteile,
 - c) industrielle Hilfsgüter und Rohstoffe zur industriellen Entwicklung in Sri Lanka,
 - d) Ersatzteile für die lankaischen Eisenbahnen,
 - e) Lastkraftwagen und andere nicht für den Personentransport bestimmte Fahrzeuge sowie Kraftfahrzeugersatzteile,
 - f) Beratungsleistungen, Patente, Lizenzen.

Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vorliegt.

Die Einfuhr von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf, insbesondere von Luxusgütern, sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Darlehen ausgeschlossen.

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zollabkommens
über die vorübergehende Einfuhr gewerblicher Straßenfahrzeuge
Vom 21. Juli 1978

Das in Genf am 18. Mai 1956 unterzeichnete Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr gewerblicher Straßenfahrzeuge (BGBl. 1961 II S. 837, 922) ist nach seinem Artikel 34 Abs. 2 für

Afghanistan am 19. März 1978
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. Mai 1968 (BGBl. II S. 472).

Bonn, den 21. Juli 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs Belgien
über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße
Vom 24. Juli 1978

In Brüssel ist am 9. Juni 1978 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Belgien über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 22 Abs. 1

am 9. Juli 1978

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 24. Juli 1978

Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung des Staatssekretärs
Dr. Heldmann

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Belgien über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung des Königreichs Belgien,

in dem Wunsch, eine Regelung für den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße zu treffen,

sind wie folgt übereingekommen:

I. Personenverkehr

Artikel 1

Für den Linienverkehr und die Sonderformen des Linienverkehrs mit Kraftomnibussen, die den Vorschriften des Artikels 1 und des Artikels 4 Absatz 1 der Verordnung Nr. 117/66/EWG über die Einführung gemeinsamer Regeln für den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen entsprechen, gelten die Vorschriften der Verordnungen (EWG) Nr. 517/72, Nr. 1172/72 und Nr. 2442/72.

Artikel 2

(1) Zur Durchführung eines grenzüberschreitenden Linienverkehrs oder einer Sonderform des grenzüberschreitenden Linienverkehrs mit Kraftomnibussen, der nicht den Vorschriften des Artikels 1 entspricht, bedürfen Unternehmer der vorherigen Genehmigung der zuständigen Behörde des anderen Staates. Duldet die Einrichtung, Erweiterung oder wesentliche Änderung einer Sonderform des Linienverkehrs keinen Aufschub, so kann die zuständige Behörde des anderen Staates eine jederzeit widerrufliche einstweilige Erlaubnis erteilen. Die Genehmigung oder die einstweilige Erlaubnis wird nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften dieses Staates erteilt.

(2) Der Antrag auf Einrichtung eines grenzüberschreitenden Linienverkehrs oder einer Sonderform des grenzüberschreitenden Linienverkehrs ist in der erforderlichen Anzahl von Ausfertigungen bei der zuständigen Behörde des Heimatstaats des Antragstellers einzureichen. Für die Sonderform des Linienverkehrs ist der Antrag nach einem Muster zu stellen, das von den Verkehrsministerien der beiden Staaten vereinbart wird. Falls die zuständige Behörde des Heimatstaats keine Bedenken gegen den Antrag hat, übersendet der Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland bzw. das Ministerium für Verkehr des Königreichs Belgien den Antrag mit einer Stellungnahme dem anderen Staat.

(3) Die Genehmigungen werden erst erteilt, wenn zwischen den beiden Staaten Einverständnis über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer Linie besteht. Dies gilt nicht für die Sonderformen des Linienverkehrs.

(4) Die erteilte Genehmigung oder die erteilte einstweilige Erlaubnis ist unmittelbar dem Antragsteller und eine Abschrift dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland bzw. dem Ministerium für Verkehr des Königreichs Belgien zu übersenden.

(5) An dem Betrieb der grenzüberschreitenden Linien sind die Unternehmer beider Staaten auf der Grundlage einer gerechten Gegenseitigkeit zu beteiligen.

(6) Der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörde beider Staaten bedürfen die vorübergehende oder dauernde Einschränkung oder Einstellung der Linie sowie die Festsetzung oder Änderung von Beförderungsentgelten, Beförderungsbedingungen und Fahrplänen. Dies gilt nicht für die Sonderformen des Linienverkehrs.

(7) Für die Erteilung einer Genehmigung für den Transitlinienverkehr gelten die Rechtsvorschriften des durchfahrenen Staates. Transitlinienverkehr ist der Verkehr von einem der beiden Staaten durch den anderen Staat, ohne daß in dem durchfahrenen Staat eine Unterwegsbedienung — Aufnehmen oder Absetzen von Fahrgästen — stattfindet. Die Anträge sind bei der zuständigen Behörde des Heimatstaats einzureichen. Sie sind alsdann mit einer Stellungnahme der obersten Verkehrsbehörde des Heimatstaats dem anderen Staat unmittelbar zu übersenden.

(8) Auf die Durchführung eines grenzüberschreitenden Linienverkehrs oder einer Sonderform des grenzüberschreitenden Linienverkehrs mit Fahrzeugen, die nach ihrer Bauart und Ausstattung geeignet und dazu bestimmt sind, höchstens neun Personen — einschließlich des Fahrers — zu befördern, sind die Vorschriften der Absätze 1 bis 7 entsprechend anzuwenden.

Artikel 3

Für den Ferienziel-Reiseverkehr (Pendelverkehr) mit Kraftomnibussen, der den Vorschriften des Artikels 2 und des Artikels 4 Absatz 1 der Verordnung Nr. 117/66/EWG entspricht, gelten die Vorschriften der Verordnungen (EWG) Nr. 516/72, Nr. 1172/72 und Nr. 2442/72. Erleichterungen im Sinne des Artikels 21 der Verordnung (EWG) Nr. 516/72 können von den Verkehrsministerien der beiden Staaten vereinbart werden.

Artikel 4

(1) Zur Durchführung eines grenzüberschreitenden Ferienziel-Reiseverkehrs (Pendelverkehrs), der nicht den Vorschriften des Artikels 3 entspricht, bedürfen Unternehmer der vorherigen Genehmigung der zuständigen Behörde des anderen Staates. Die Genehmigung wird nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften dieses Staates erteilt.

(2) Die Vorschriften des Absatzes 1 gelten entsprechend für den Transitverkehr.

(3) Das Antrags- und Genehmigungsverfahren wird von den beiden Verkehrsministerien geregelt.

Artikel 5

(1) Die vom Heimatstaat genehmigten Unternehmen des Gelegenheitsverkehrs mit Kraftomnibussen, die ihren Betriebssitz in der Bundesrepublik Deutschland oder im Königreich Belgien haben, bedürfen für Gelegenheitsverkehrsdienste in oder durch das Hoheitsgebiet des anderen Staates keiner Genehmigung dieses Staates, sofern die Voraussetzungen

- der Artikel 4 und 5 der Verordnung Nr. 117/66/EWG in Verbindung mit der Verordnung (EWG) Nr. 1016/68 oder
- der Entschließung Nr. 20 der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister betreffend die Einführung allgemeiner Regeln für den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen

erfüllt sind.

Unter Punkt 6 des Kontrolldokuments (Fahrtenblatt) kann anstelle der Liste der Fahrgäste die Zahl der Fahrgäste angegeben werden.

(2) Andere Gelegenheitsverkehrsdienste, die nicht den Vorschriften des Absatzes 1 entsprechen, bedürfen im Einzelfall der Genehmigung der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats. Der Antrag ist vom deutschen Unternehmer beim Ministerium für Verkehr des Königreichs Belgien, vom belgischen Unternehmer beim Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland in Bonn in der erforderlichen Anzahl von Ausfertigungen einzureichen.

Abweichend von Satz 2 ist der Antrag belgischer Unternehmer auf Genehmigung von Leerhinfahrten im Transit durch die Bundesrepublik Deutschland zur Abholung von Fahrgästen in Österreich oder der Schweiz beim Ministerium für Verkehr des Königreichs Belgien einzureichen; der Bundesminister für Verkehr stellt für diese Verkehrsdienste Blankogenehmigungen zur Verfügung.

Artikel 6

(1) Die vom Heimatstaat genehmigten Unternehmen des Taxenverkehrs, die ihren Betriebssitz in der Bundesrepublik Deutschland oder im Königreich Belgien haben, dürfen Fahrgäste mit Taxen in das Hoheitsgebiet des anderen Staates befördern, sofern die Rückfahrt des Taxis ohne Fahrgäste erfolgt. Die Genehmigungsurkunde oder eine gekürzte Ausfertigung ist auf der Fahrt mitzuführen und zuständigen Personen auf Verlangen zur Prüfung auszuhändigen.

(2) Die Aufnahme von Fahrgästen im anderen Staat ist nicht zulässig.

II. Güterverkehr

Artikel 7

(1) Unternehmer des gewerblichen Güterkraftverkehrs, deren Kraftfahrzeuge in der Bundesrepublik Deutschland oder im Königreich Belgien zugelassen sind, bedürfen für Beförderungen im grenzüberschreitenden Güterverkehr auf der Straße zwischen ihrem Heimatstaat und dem anderen Staat (Wechselverkehr) sowie durch den anderen Staat hindurch (Transitverkehr) einer Genehmigung des anderen Staates.

(2) Die Genehmigung für belgische Unternehmer wird durch den Bundesminister für Verkehr erteilt und durch den belgischen Verkehrsminister oder die von ihm ermächtigte Stelle ausgegeben.

Die Genehmigung für deutsche Unternehmer wird durch den belgischen Verkehrsminister erteilt und von der zuständigen deutschen Behörde oder der von ihr ermächtigten Stelle ausgegeben.

(3) Beide Verkehrsministerien übersenden sich zur Ausgabe an die Transportunternehmer Genehmigungsvordrucke nach den Mustern der Richtlinie des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Vereinheitlichung gewisser Regeln betreffend die Genehmigungen für den Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten vom 13. Mai 1965.

Diese Genehmigungen sind:

- a) Genehmigungen auf Zeit (Zeitgenehmigungen) mit einer Gültigkeit für eine unbestimmte Zahl von Fahrten und für eine Dauer, die ein Jahr nicht überschreiten und drei Monate nicht unterschreiten darf;
- b) Genehmigungen für eine bestimmte Anzahl von Fahrten (Fahrtdgenehmigungen) mit einer Gültigkeit für eine Fahrt oder für mehrere Fahrten und für eine Dauer, die drei Monate nicht überschreiten darf.

Artikel 8

Das Genehmigungskontingent wird auf der Grundlage von Einzelfahrtgenehmigungen für jeweils ein Kalenderjahr von der Gemischten Kommission (Artikel 20) festgesetzt. Diese Kommission bestimmt auch den Prozentsatz der Fahrtgenehmigungen, die in Zeitgenehmigungen umgewandelt werden können, und den Umrechnungsschlüssel. Das festgesetzte Kontingent darf zu keinem Zeitpunkt überschritten werden.

Artikel 9

(1) Die Genehmigung berechtigt zu Beförderungen im grenzüberschreitenden Güterverkehr auf der Straße

- a) zwischen dem Staat, in dem das verwendete Kraftfahrzeug zugelassen ist, und dem anderen Staat;
- b) im Transit durch den einen Staat mit Kraftfahrzeugen, die im anderen Staat zugelassen sind;
- c) zwischen dem anderen Staat und einem dritten Staat, sofern dabei der Staat, in dem das Kraftfahrzeug zugelassen ist, auf dem verkehrsüblichen Weg durchfahren wird.

(2) Die Genehmigung wird auf den Namen des Unternehmers ausgestellt. Sie ist nicht übertragbar.

Jede Genehmigung darf zur gleichen Zeit nur für ein einziges Kraftfahrzeug verwendet werden.

Artikel 10

Keiner Genehmigung bedürfen

- a) Beförderungen nach Anhang I der 1. Richtlinie des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 23. Juli 1962 über die Aufstellung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten in der jeweils geltenden Fassung;
- b) die Beförderung von Kunstgegenständen und Kunstwerken;
- c) die gelegentliche Beförderung von Gegenständen und Material ausschließlich zur Werbung und Unterrichtung;
- d) die Beförderung von Geräten und Zubehör zu oder von Theater-, Musik-, Film-, Sport- und Zirkusveranstaltungen, Schausstellungen oder Jahrmärkten, Rundfunk-, Film- oder Fernsehaufnahmen sowie Verkehrssicherheitsveranstaltungen;
- e) die Beförderung lebender Tiere, ausgenommen Schlachtvieh;
- f) die Beförderung im kombinierten Güterverkehr Schiene/Straße nach Maßgabe der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 17. Februar 1975 (75/130/EWG).

Im Güterverkehr dürfen Leerfahrten ohne Genehmigung durchgeführt werden.

Artikel 11

Genehmigungspflichtig, aber keiner Kontingentierung unterworfen sind Beförderungen nach Anhang II der 1. Richtlinie der Rates der Europäischen Wirtschaftsge-

meinschaft vom 23. Juli 1962 über die Aufstellung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten in der jeweils geltenden Fassung, mit Ausnahme der in Artikel 10 des Abkommens genannten Beförderungen.

Artikel 12

Es ist nicht gestattet, mit Kraftfahrzeugen, die in dem einen Staat zugelassen sind, Güter zwischen zwei im Hoheitsgebiet des anderen Staates liegenden Punkten zu befördern.

Artikel 13

Beförderungen zwischen einem Vertragsstaat und einem dritten Staat durch Unternehmer des anderen Vertragsstaats sind nicht gestattet, es sei denn, daß bei diesen Beförderungen der Zulassungsstaat des Fahrzeugs auf dem verkehrsüblichen Wege durchfahren wird.

Artikel 14

Jede Sendung im gewerblichen Güterkraftverkehr muß von einem internationalen Frachtbrief (CMR-Frachtbrief) begleitet sein.

Artikel 15

(1) Beförderungen im Werkverkehr sind genehmigungsfrei.

(2) Für jede Beförderung im Werkverkehr sind Unterlagen mitzuführen, aus denen hervorgeht, daß es sich um Werkverkehr handelt.

III. Gemeinsame Bestimmungen

Artikel 16

Die Unternehmer sind verpflichtet, die im Vertragsstaat geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften, insbesondere auf dem Gebiet des Beförderungswesens und des Straßenverkehrs, sowie die jeweils maßgebenden Tarifbestimmungen zu beachten. Sie haben auch die internationalen Transport- und Verkehrsvorschriften zu befolgen.

Artikel 17

Die nach den Bestimmungen dieses Abkommens erforderlichen Unterlagen (z. B. Genehmigung, Beförderungspapier) sind bei allen Fahrten im anderen Staat vom Fahrpersonal mitzuführen und den zuständigen Behörden auf Verlangen vorzuweisen.

Artikel 18

(1) Bei Verstößen gegen die Bestimmungen dieses Abkommens treffen die zuständigen Behörden des Staates, in welchem das Kraftfahrzeug zugelassen ist, auf Verlangen des Staates, in dessen Hoheitsgebiet der Verstoß begangen worden ist, unbeschadet der im Heimatstaat geltenden gesetzlichen Bestimmungen eine der folgenden Maßnahmen:

- a) einfache Verwarnung des Unternehmers, der den Verstoß begangen hat;
- b) Verwarnung mit dem Hinweis, daß im Fall eines weiteren Verstoßes die Genehmigung nicht wieder erteilt wird;
- c) befristete oder dauernde Einstellung der Ausgabe von weiteren Genehmigungen.

(2) Über die getroffenen Maßnahmen sind die zuständigen Behörden des anderen Staates zu unterrichten.

Artikel 19

Für die Ausstellung der Genehmigung wird keine Gebühr zugunsten des Staates erhoben, in dem diese Genehmigung gültig ist.

Artikel 20

Die Vertreter der Verkehrsministerien beider Staaten werden im Bedarfsfall in einer Gemischten Kommission zusammentreten, um die Durchführung des Abkommens und eine etwaige Anpassung an die Entwicklung des Verkehrs zu erörtern und um das Genehmigungskontingent festzusetzen.

Artikel 21

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Belgien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 22

(1) Dieses Abkommen tritt 30 Tage nach seiner Unterzeichnung in Kraft.

(2) Das Abkommen gilt für die Dauer eines Jahres nach seinem Inkrafttreten; danach bleibt es unbefristet in Kraft, bis es von einer der Vertragsstaaten schriftlich mit einer Frist von 6 Monaten gekündigt wird.

(3) Gleichzeitig tritt die Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über den Straßenpersonen- und -güterverkehr vom 1. Februar 1952 außer Kraft.

GESCHEHEN zu Brüssel, am 9. Juni 1978, in zwei Urschriften, jede in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

Limbourg

Für die Regierung des Königreichs Belgien:

Simonet

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft
zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst**

Vom 26. Juli 1978

Die in Paris am 24. Juli 1971 beschlossene Fassung der Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst (BGBl. 1973 II S. 1069) wird mit Ausnahme der Artikel 1 bis 21 und des Anhangs nach ihrem Artikel 28 Abs. 2 Buchstabe c und Abs. 3 für

Sri Lanka am 23. September 1978
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. Mai 1978 (BGBl. II S. 886).

Bonn, den 26. Juli 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Sri Lanka
über Technische Zusammenarbeit**

Vom 26. Juli 1978

In Colombo ist am 18. Oktober 1973 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sri Lanka über Technische Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 11 Abs. 1

am 18. Oktober 1973

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 26. Juli 1978

Der Bundeskanzler
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Böll

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sri Lanka über Technische Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Sri Lanka —

auf der Grundlage der zwischen beiden Staaten und
ihren Völkern bestehenden freundschaftlichen Beziehun-
gen,

in dem Wunsche, diese Beziehungen zu vertiefen,

in Anbetracht ihres gemeinsamen Interesses an der
Förderung der technischen, wirtschaftlichen und sozialen
Entwicklung ihrer Staaten

und in Erkenntnis der Vorteile, die aus einer engeren
Zusammenarbeit für beide Staaten erwachsen, —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien werden sich bemühen, in tech-
nischen Fragen zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig
zu unterstützen.

(2) Die Vertragsparteien können auf der Grundlage
dieses Abkommens Übereinkünfte, in der Regel durch
Notenwechsel in englischer Sprache, über einzelne Vor-
haben der Technischen Zusammenarbeit schließen.

Artikel 2

(1) Die Übereinkünfte nach Artikel 1 Absatz 2 können
vorsehen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutsch-
land

1. die Regierung der Republik Sri Lanka bei der Errich-
tung von Schulen, Lehrwerkstätten, Ausbildungsstät-
ten und Musterbetrieben in Sri Lanka unterstützt, Leh-
rer und Fachkräfte entsendet und Ausrüstungsgegen-
stände bereitstellt;
2. Gutachter mit Studien für einzelne Vorhaben betraut;
3. Sachverständige für besondere Aufgaben nach Sri
Lanka entsendet und ihnen ihre Berufsausrüstung
stellt;
4. der Regierung der Republik Sri Lanka Berater zur
Verfügung stellt;
5. die Zusammenarbeit beider Länder auf dem Gebiet von
Erziehung und Bildung unterstützt;
6. die Zusammenarbeit von wissenschaftlichen Einrich-
tungen in beiden Ländern durch Entsendung oder Ver-
mittlung von wissenschaftlichem sowie technischem
Personal und durch Bereitstellung von Ausrüstungsge-
genständen fördert.

(2) Das gesamte nach diesem Abkommen von oder im
Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
entsandte Personal wird im folgenden als „Fachkräfte“
bezeichnet.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
übernimmt die Kosten für Transport und Versicherung

der von ihr für die einzelnen Vorhaben gelieferten
Gegenstände bis zu Projektstandort; ausgenommen sind
die Kosten für Lagerung in Sri Lanka.

Artikel 3

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
bemüht sich,

1. die Fortbildung von lankaischen Fach- und Führungs-
kräften sowie von Wissenschaftlern in der Bundesre-
publik Deutschland oder in einem anderen Land zu
fördern;
2. lankaischen Staatsangehörigen Aus- und Fortbildungs-
möglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland oder
in Einrichtungen, die im Rahmen der deutschen Tech-
nischen Hilfe gefördert werden, zu vermitteln.

(2) Die Durchführung der in Absatz 1 vorgesehenen
Maßnahmen, insbesondere die Aufnahme von Bewerbern
in die Förderung, bleibt besonderen Vereinbarungen vor-
behalten.

(3) Die Regierung der Republik Sri Lanka eröffnet den
in der Bundesrepublik Deutschland ausgebildeten lankai-
schen Staatsangehörigen berufliche Anstellungs- und
Aufstiegsmöglichkeiten oder Laufbahnen, die Personen
mit vergleichbarem Bildungsgang offenstehen.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Sri Lanka

1. stellt für die Vorhaben in Sri Lanka die erforderlichen
Grundstücke und Gebäude zur Verfügung und richtet
diese ein, soweit nicht die Regierung der Bundesrepu-
blik Deutschland die Einrichtung liefert;
2. befreit die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
hinsichtlich der von ihr für die Vorhaben gelieferten
Gegenstände von Hafenabgaben, Ein- und Ausfuhrab-
gaben, Lagergebühren und sonstigen öffentlichen
Abgaben;
3. trägt die Betriebs- und Instandhaltungskosten für die
Vorhaben;
4. stellt auf ihre Kosten die jeweils erforderlichen einhei-
mischen Ausbildungspartner zur Verfügung;
5. sorgt dafür, daß die Fachkräfte nach angemessener
Zeit durch geeignete lankaische Fachkräfte ersetzt
werden. Soweit diese Fachkräfte in der Bundesrepublik
Deutschland oder in einem anderen Land ausgebildet
werden, benennt sie rechtzeitig unter Beteiligung der
deutschen Auslandsvertretung oder der von dieser
benannten Sachverständigen genügend Bewerber für
diese Ausbildung;
6. stellt sicher, daß alle mit der Durchführung dieses
Abkommens befaßten Behörden und Organisationen
rechtzeitig und umfassend über den Inhalt dieses
Abkommens unterrichtet werden.

Artikel 5

Die Regierung der Republik Sri Lanka

1. gewährt den Fachkräften, ihren Familienangehörigen
und sonstigen zum Hausstand gehörenden Personen

die jederzeit freie und abgabenfreie Ein- und Ausreise und die notwendigen Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen;

2. erhebt auf die den Fachkräften aus deutschen Haushaltsmitteln gezahlten Bezüge und Vergütungen keine Steuern und sonstigen fiskalischen Abgaben;
3. gestattet den Fachkräften, ihren Familienangehörigen und sonstigen zum Hausstand gehörenden Personen für die Dauer ihres Aufenthalts die Einfuhr von Gegenständen entsprechend der jeweiligen Regelung, die für VN-Sachverständige gilt. Auf diese Weise eingeführte Kraftfahrzeuge und dauerhafte Haushaltsgegenstände dürfen nur mit Genehmigung der Regierung der Republik Sri Lanka verkauft werden;
4. stellt der Fachkraft einen Ausweis aus, in dem der Name des Inhabers, seine Funktion und die entsendende Behörde oder Organisation angegeben sind.

Artikel 6

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sorgt dafür, daß in die Dienst- bzw. Arbeitsverträge entsandter Fachkräfte Verpflichtungen aufgenommen werden, wonach die Fachkräfte gehalten sind,

1. nach besten Kräften im Rahmen der im Zusammenhang mit ihrer Arbeit getroffenen Vereinbarungen zur Erreichung der in Artikel 55 der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Ziele beizutragen;
2. sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Republik Sri Lanka einzumischen;
3. die Gesetze und Sitten der Republik Sri Lanka zu achten;
4. keine andere wirtschaftliche Tätigkeit als die, mit der sie beauftragt sind, auszuüben und
5. mit den amtlichen Stellen in der Republik Sri Lanka vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

(2) Wünscht die Regierung der Republik Sri Lanka die Rückberufung einer Fachkraft im Interesse der partnerschaftlichen Zusammenarbeit, so wird sie frühzeitig Verbindung mit der deutschen Auslandsvertretung aufnehmen und die Gründe für ihren Wunsch darlegen. In gleicher Weise wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, wenn sie eine Fachkraft von sich aus zurückberuft, möglichst frühzeitig Verbindung mit der Regierung der Republik Sri Lanka aufnehmen. In beiden Fällen werden die Regierungen vertrauensvoll zusammenarbeiten, um die Schwierigkeiten, die durch die Rückberufung einer Fachkraft entstehen können, im Interesse aller Betroffenen zu überwinden. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird eine abberufene Fachkraft so früh wie möglich ersetzen.

Artikel 7

Die Regierung der Republik Sri Lanka

1. unternimmt alle erforderlichen Schritte, um für den vollen Schutz der Person und des Eigentums der ent-

sandten Fachkräfte und ihrer Familienmitglieder Sorge zu tragen; das gleiche gilt für die zu ihrem Hausstand gehörenden Personen, soweit es sich nicht um Staatsangehörige der Republik Sri Lanka handelt;

2. gewährt den unter Nummer 1 genannten Personen in Zeiten internationaler Krisen alle erforderliche Hilfe für ihre Heimkehr;
3. gewährt im Falle der Verhaftung einer Fachkraft, eines ihrer Familienmitglieder oder einer zu ihrem Hausstand gehörenden Person, soweit es sich nicht um Staatsangehörige der Republik Sri Lanka handelt, der deutschen diplomatischen Vertretung das Recht, jederzeit mit der inhaftierten Person zu sprechen, für ihr persönliches Wohl zu sorgen und von den zuständigen Behörden Auskunft über die gegen die inhaftierte Person erhobenen Vorwürfe und über Stand und Fortgang des Verfahrens zu erhalten.

Artikel 8

Die Regierung der Sri Lanka übernimmt die zivilrechtliche Haftung für Handlungen der Fachkräfte, die unmittelbar mit der Durchführung ihrer Aufgaben nach diesem Abkommen zusammenhängen, außer bei strafbaren oder arglistigen Handlungen.

Artikel 9

Dieses Abkommen wird auch auf die Fachkräfte angewendet, die bei seinem Inkrafttreten bereits im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sri Lanka in Sri Lanka tätig sind. Das gleiche gilt für die übrigen in Artikel 7 Absatz 1 genannten Personen.

Artikel 10

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Sri Lanka innerhalb von drei Monaten nach seinem Inkrafttreten eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 11

(1) Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft und gilt für einen Zeitraum von fünf Jahren.

(2) Das Abkommen verlängert sich stillschweigend jeweils um ein Jahr, es sei denn, daß eine der beiden Vertragsparteien es drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitabschnitts schriftlich kündigt.

(3) Auch nach Ablauf dieses Abkommens gelten seine Bestimmungen für die bereits begonnenen Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit bis zu ihrem Abschluß weiter.

GESCHEHEN zu Colombo am 18. Oktober 1973 in sechs Urschriften, je zwei in deutscher, in singhalesischer und in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. G. Feilner

Für die Regierung der Republik Sri Lanka
H. A. de S. Gunasekera

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten
freilebender Tiere und Pflanzen**

Vom 31. Juli 1978

Das Übereinkommen vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (BGBl. 1975 II S. 773; 1977 II S. 381, 1125) ist nach seinem Artikel XXII Abs. 2 für folgende Staaten in Kraft getreten oder wird in Kraft treten:

Frankreich am 9. August 1978

mit folgendem Vorbehalt:

(Übersetzung)

«Le Gouvernement de la République Française déclare qu'en approuvant la Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction, et en se référant à l'article XXIII de ladite Convention, il formule des réserves spéciales en ce qui concerne les espèces suivantes inscrites à l'Annexe I:

- Chelonia mydas
(Reptilia-Cheloniidae)
- Eretmochelys imbricata
(Cheloniidae)
- Crocodylus niloticus
- Osteolaemus tetraspis
- Melanosuchus niger
- Crocodylus cataphractus

croco-
dylia"

„Die Regierung der Französischen Republik erklärt, daß sie bei der Genehmigung des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen unter Bezugnahme auf Artikel XXIII des Übereinkommens besondere Vorbehalte in bezug auf folgende in Anhang I aufgeführte Arten macht:

- Chelonia mydas
(Reptilia-Cheloniidae)
- Eretmochelys imbricata
(Cheloniidae)
- Crocodylus niloticus
- Osteolaemus tetraspis
- Melanosuchus niger
- Crocodylus cataphractus

croco-
dylia"

Guyana am 25. August 1977

Monaco am 18. Juli 1978

Dänemark, für das das Übereinkommen am 24. Oktober 1977 in Kraft getreten war, hat am 14. Februar 1978 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

«Le Gouvernement du Danemark formule une réserve en ce qui concerne la liste d'espèces annoncées par le Botswana pour inscription à l'Annexe III que le Secrétariat de la convention a communiqué par sa note du 24 janvier 1978. Cette réserve comprend également les composants et produits dérivés de ces espèces.»

„Die Regierung von Dänemark macht einen Vorbehalt in bezug auf die von Botswana zur Aufnahme in den Anhang III angekündigten Artenliste, die das Sekretariat des Übereinkommens mit Note vom 24. Januar 1978 übermittelt hat. Dieser Vorbehalt schließt auch Teile und Erzeugnisse dieser Arten ein.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. Januar 1978 (BGBl. II S. 154).

Bonn, den 31. Juli 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Satzung
der Internationalen Atomenergie-Organisation**

Vom 31. Juli 1978

Die Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 26. Oktober 1956 (BGBl. 1957 II S. 1357; 1958 II S. 4) mit ihren Änderungen vom 4. Oktober 1961 (BGBl. 1963 II S. 329) und vom 28. September 1970 (BGBl. 1971 II S. 849) ist nach ihrem Artikel XXI Buchstabe E für

Katar	am 27. Februar 1976
Tansania	am 6. Januar 1976
Vereinigte Arabische Emirate	am 15. Januar 1976

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. Mai 1978 (BGBl. II S. 864).

Bonn, den 31. Juli 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Abkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über den Verzicht auf die Erstattung von Leistungen an Arbeitslose**

Vom 1. August 1978

Nach Artikel 3 Abs. 3 der Verordnung vom 1. März 1978 zu dem Abkommen vom 14. Oktober 1977 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Verzicht auf die Erstattung von Leistungen an Arbeitslose (BGBl. 1978 II S. 249) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Verordnung nach ihrem Artikel 3 Abs. 1

am 27. April 1978

in Kraft getreten ist.

Am selben Tage ist das Abkommen vom 14. Oktober 1977 nach seinem Artikel 3 Abs. 2

mit Wirkung vom 1. Oktober 1972

in Kraft getreten.

Bonn, den 1. August 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Malawi
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 3. August 1978

In Bonn ist am 21. Juni 1978 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Malawi über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 21. Juni 1978

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 3. August 1978

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Böll

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Malawi
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Malawi,

in dem Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Malawi,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Republik Malawi beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Malawi, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, für die Finanzierung der Devisenkosten aus dem Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden not-

wendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage einen Finanzierungsbeitrag bis zu 10 000 000,— DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen.

Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Lieferverträge nach dem Inkrafttreten des nach Artikel 2 zu schließenden Finanzierungsvertrages abgeschlossen worden sind.

Artikel 2

Die Verwendung dieses Finanzierungsbeitrags sowie die Bedingungen, zu denen er gewährt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Regierung der Republik Malawi zu schließende Finanzierungsvertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Malawi stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zeitpunkt des Abschlusses oder während der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Finanzierungsvertrages in der Republik Malawi erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Malawi überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsvertrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der

Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Malawi innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Bonn am 21. Juni 1978 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Günther van Well

Für die Regierung der Republik Malawi
Matenje

Anlage

Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 3. August 1978 bis zu 10 000 000,— DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark) aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:

- a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate,
- b) industrielle Ausrüstungen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte,
- c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art,
- d) Erzeugnisse der chemischen Industrie, insbesondere Düngemittel, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Arzneimittel,
- e) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die Entwicklung der Republik Malawi von Bedeutung sind,
- f) Beratungsleistungen und Lizenzgebühren.

Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vorliegt.

Die Einfuhr von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf, insbesondere von Luxusgütern sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Finanzierungsbeitrag ausgeschlossen.

**Zweite Berichtigung
der Ersten Verordnung über die Inkraftsetzung
von Änderungen der Anhänge I und II
des Washingtoner Artenschutzübereinkommens
Vom 26. Juli 1978**

Die durch Verordnung vom 23. März 1977 in Kraft gesetzten Anhänge I und II des Washingtoner Artenschutzübereinkommens in der Fassung der Beschlüsse der ersten Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommen vom 6. November 1976 (BGBl. 1977 II S. 381, 659) sind im Abschnitt „Flora“ wie folgt zu berichtigen:

1. Im Anhang I muß es auf der Seite 405 richtig heißen:
 - a) in der ersten Zeile
„*Alocasia sanderiana*“,
 - b) in der zweiten Zeile
„*Alocasia zebrina*“,
 - c) in der fünften Zeile
„*Melandrium mongolicum*“.
2. Im Anhang I muß es auf der Seite 406 richtig heißen:
 - a) in der fünften Zeile
„*Cynometra hemitomophylla*“,
 - b) in der elften Zeile
„*Aloe thornicroftii*“.
3. Im Anhang II muß es auf der Seite 407 in der zwölften Zeile richtig heißen:
„*Caryopteris mongholica*“.

Bonn, den 26. Juli 1978

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Im Auftrag
Dr. Emonds

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn
Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolntarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 399-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,70 DM (1,20 DM zuzüglich —,50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 2,10 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

Fundstellennachweis A

Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1977 — Format DIN A 4 —

Die Neuauflage 1977 weist in Verbindung mit der Auflage 1975 folgende Vorschriften mit den inzwischen eingetretenen Änderungen nach:

- a) die im Bundesgesetzblatt Teil III enthaltenen,
- b) die nach dem 31. Dezember 1963 im Bundesgesetzblatt Teil I und Teil II sowie im Bundesanzeiger verkündeten,

soweit sie noch gültig sind.

Nachtrag zum Fundstellennachweis A

Abgeschlossen am 30. Juni 1978 — Format DIN A 4 — Umfang 16 Seiten

Fundstellennachweis B

Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1977 — Format DIN A 4 —

Der Fundstellennachweis B

enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie die Verträge mit der DDR, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und deren Vorgängern veröffentlicht wurden und die — soweit ersichtlich — noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. Einzelstücke der Fundstellennachweise A und B können zum Preise von je 22,50 DM zuzüglich 2,— DM Porto und Verpackungsspesen, Einzelstücke des Nachtrags zum Preise von 2,60 DM (2,20 DM zuzüglich —,40 DM Porto und Verpackung) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399—509 bezogen werden. Im Bezugspreis ist die MwSt. enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6%.